

Dr. Wolfgang Merz

12. September 2025

## Die wachsende Bedeutung des Euro als internationaler Reservewährung: Potential und Risiken

### Hintergrund: Trump und die Folgen

Seit Jahrzehnten konnten wir ein offenes, multilaterales System beobachten mit einer US-Führungsrolle und dem US-Dollar als der Reservewährung; Europa hatte durch diesen Anker durchaus Vorteile. Die erratische Politik des US-Präsidenten Trump hat zu Verwerfungen geführt, den US-Dollar geschwächt und dem Euro unfreiwillig eine höhere Bedeutung verschafft. Neben Gold, dem Schweizer Franken und anderen Währungen von kleineren stabilen Volkswirtschaften wird der Euro zunehmend nachgefragt. Dies erzeugt Überlegungen, wonach der Euro doch noch **die** internationale Reservewährung werden könnte. Dieser ist mit einem Weltanteil von ca. 20% nach dem US-Dollar (58%) die zweitstärkste Währung mit wachsender Tendenz. Die Kehrseite höherer globaler Euroanteile wäre allerdings eine stark überbewertete Währung (wie damals die D-Mark). Dies wäre eine Belastung für die an sich schon angegriffene Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone.

### Pfeiler für eine wachsende Bedeutung des Euro

Die EZB Präsidentin Lagarde hat jüngst folgende drei Pfeiler für eine wachsende Bedeutung des Euro skizziert:

#### 1) Offener Handel; Fähigkeiten zur Verteidigung

Europa ist die Nummer 1 bei den Handelspartnern weltweit (40% des globalen Bruttoinlandsprodukt). Daher sollten ausstehende Handelsvereinbarungen forciert werden. Auch der digitale Euro sollte bald umgesetzt werden. Im Verteidigungsbereich gibt es das Potential, die bestehenden militärischen Stärken besser zu bündeln.

## **2) Weiterhin ein noch sehr guter Kontinent für Investitionen**

Zur Stärkung des ökonomischen Potentials von Europa gilt es, eine Spar- und Investitionsunion zu vollenden, auch um die hohen europäischen Ersparnisse in Investitionen zu lenken. Dabei ist die Lage der öffentlichen Verschuldung noch komfortabel, da die USA sich exzessiv weiter verschuldet. Weitere Reformschritte sind nötig: Vollendung des Binnenmarkts, Bürokratieabbau sowie eine Industriepolitik, die europäisch und nicht national denkt.

## **3) Verteidigung der „rule of law“**

Die Wahrung eines stabilen und rechtsstaatlichen Rahmens sollte weiterhin hohe Priorität genießen, zumal die Demokratien weltweit weiter an Bedeutung verlieren. Dazu zählt auch, die EU-Mitgliedstaaten zu adressieren, die solche Prinzipien verletzen. Diese Rechtssicherheit ist auch ein positiver Effekt für internationale Investoren.

## **Die aktuelle Europapolitik setzt einer wachsenden Bedeutung des Euro Grenzen**

Die derzeitige Stärke des Euro und das Potential, global noch weiter an Bedeutung zu gewinnen, ist kein Selbstläufer. Sie steht und fällt damit, wie sehr Europa in der Lage und sich auch einig ist, die oben skizzierten politischen Schritte auf EU-Ebene, in der Eurozone und der nationalen Ebene auch umzusetzen.

In den letzten Monaten ist es Europa nicht ausreichend gelungen, aus den Aktionen von Trump hinreichende Integrationsschritte umzusetzen. Dies lag einerseits an der oft uneinigen Haltung unter den Mitgliedstaaten sowie auch am zum Teil nicht ganz geschickten Agieren der Europäischen Kommission.

Im Handels/Verteidigungsbereich war die EU durchaus in der Lage, diverse Handelsabkommen zu forcieren, allerdings stehen oft Einigungen auf der politischen Ebene noch aus. Problematisch ist sicherlich auch der Zolldeal der EU mit den USA. Zwar war für Europa sicherlich nicht viel mehr drin (wenn man etwa das Beispiel Schweiz hinzuzieht). Gleichzeitig wurden Europa seine Grenzen aufgezeigt, da die USA in Sicherheitsfragen weiter am längeren Hebel sitzt. Im Verteidigungsbereich sind verschiedene Instrumente

für eine bessere europäische Verteidigungsstruktur aufgebaut, ob es für eine weitere Integration Fortschritte gibt, bleibt abzuwarten. Auch die Einführung des digitalen Euro ist kurzfristig nicht darstellbar. Derzeit ist eine Einführung Schritt für Schritt frühestens 2028 avisiert.

Europa als sehr guter Kontinent für Investitionen wird weiterhin herausgefordert durch eine beeinträchtigte Wettbewerbsfähigkeit im ökonomischen Machtkampf mit den USA und China, wie Draghi in seinem Bericht überzeugend dargelegt hat. Die Vollendung des Binnenmarkts wie einer Spar- und Investitionsunion stößt weiterhin auf nationale Gegenwehr, wenn man etwa auch den deutschen Widerstand an der Übernahme der Commerzbank durch Unicredit sieht. Die öffentliche Verschuldung in der EU im Aggregat im Vergleich zu den USA ist derzeit noch tragfähig. Allerdings wird das wachsende Defizit in einem politisch instabilen Frankreich, der zweitgrößten Volkswirtschaft der EU, bereits von den Märkten beobachtet. Auch ist italienische öffentliche Defizit weiterhin exzessiv. Die wachsende öffentliche Verschuldung in Deutschland wird dann zum Problem, wenn das Land die vielen neuen Mittel nicht nutzt, um einen Wachstumspfad zu generieren.

Bei der Wahrung und Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit in der EU konnten durchaus Fortschritte erzielt werden. So werden etwa Ungarn substantielle EU-Gelder weiterhin versagt. Allerdings fällt es den EU-Institutionen dennoch weiterhin schwer, hier konsequenter vorzugehen, da es der EU letztlich an entscheidenden Durchgriffsmöglichkeiten fehlt. Auch geraten einige EU-Mitgliedsländer in der Wahrung der Demokratie selbst unter Druck.

**Fazit: Der Euro bleibt eine starke globale Währung, von der Rolle der internationalen Reservewährung bleibt er weiterhin ein gutes Stück entfernt**

Europa hätte mit dem großen Binnenmarkt, der Eurozone (dem die nun die klare Mehrheit der EU-Mitgliedsländer angehören) und dem Wohlstandsniveau das Potential, den Euro als die internationale Währung zu etablieren. Allerdings wäre dafür eine weitere politische und institutionelle Integration der EU notwendig. Davon ist die EU weiter entfernt,

auch angesichts der Nationalisierungstendenzen in einigen Mitgliedsländern. Weitere Schwächen des Euro sind das Fehlen einer einheitlichen Kreditqualität, die nur in Form des von der Europäischen Zentralbank emittierten Bargelds hergestellt wird. Auch betreffen internationale Transaktionen oft den US-Dollarraum. Dem Euroraum fehlt auch eine sichere Anlage, in der die in den Euro denominierten Transaktionsmittel geparkt werden können.

Die mangelnde weitere politische Integration wurde auch deutlich in der jüngsten kämpferischen Rede der Kommissionspräsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025. Sie kündigte viele neue EU-Initiativen an, es ist aber nicht sicher, ob die Mehrheit der Mitgliedsländer dies auch unterstützt. Die anschließende Aussprache im Europäischen Parlament hat auch verdeutlicht, dass auch da ein Konsens einer breiten Mehrheit immer schwerer wird. Dieser Prozess spiegelt sich auch in den nationalen Parlamenten einiger Mitgliedsländer wider.

//

Der Autor **Dr. Wolfgang Merz** ist Berater, Dozent und Autor mit umfassender Erfahrung in nationalen, europäischen und internationalen Prozessen. Als ehemaliger leitender Mitarbeiter im Bundesministerium der Finanzen und Economist beim Internationalen Währungsfonds bietet er strategische Beratung, praxisnahe Bildung und fundierte Publikationen an. Sein Fokus liegt auf der Verbindung von Ökonomie und Politik, um Organisationen und Individuen in einer vernetzten Welt zu unterstützen.

Mehr unter [www.wolfgang-merz.de](http://www.wolfgang-merz.de). | [contact@wolfgang-merz.de](mailto:contact@wolfgang-merz.de)

//

Die Rubrik EAB Impulse bietet Meinungen und Analysen zu aktuellen Entwicklungen in Europa. Die Beiträge spiegeln allein die Perspektiven der Autorinnen und Autoren wider und laden zum Nachdenken und Diskutieren ein. Weitere Informationen zur Arbeit der Europäischen Akademie Berlin und zu ihren Angeboten finden Sie unter:

Homepage: [www.eab-berlin.eu](http://www.eab-berlin.eu) | Newsletter: [www.eab-berlin.eu/newsletter](http://www.eab-berlin.eu/newsletter)